

18./IV. 1917.

Die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik.

In der Soziologischen Gesellschaft hielt gestern Prof. Dr. Edgar Jaffé (München) einen höchst interessanten Vortrag über die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik.

Der Vortragende führte vor allem aus, daß das Budget in Deutschland — und ähnlich verhalte es sich auch in Oesterreich-Ungarn — nach dem Kriege zufolge der schon nach den Ausgaben eines dreijährigen Krieges aufgelaufenen Kosten etwa auf das Vierfache der letzten Friedenszeiten aufgelaufen werde. Für das Deutsche Reich sind alles in allem Kriegskosten im Betrag von 120 Milliarden Mark in Anschlag zu bringen. Doch ist es ein Irrtum zu glauben, daß dadurch der dritte Teil des deutschen Nationalvermögens, der mit 350 Milliarden Mark geschätzt wird, vernichtet worden ist. Der wirkliche Kriegsverlust, der sich aus Verzehrung vieler Rohstoffe, Abnutzung der Bahnanlagen, aus einer unproduktiven Arbeit dreier Jahre usw. ergibt, sei viel geringer und belaufe sich auf ungefähr 35 bis 40 Milliarden. Die übrigen 75 bis 80 Milliarden sind weder eine Kapitalverringerung noch eine Kapitalvermehrung der Gesamtheit, sondern eine Kapitalverziehung innerhalb der Bevölkerung. Der Staat muß allerdings die gesamte Schuld von 120 Milliarden abtragen, und zwar so schnell als möglich.

Die Notwendigkeit der auch nach dem Kriege nicht zu vermeidenden militärischen und auch der finanziellen Rüstung, die Erfordernisse einer finanziellen Elastizität des Staatshaushaltes verbietet eine Tilgung, die sich auf Jahrzehnte hinaus erstrecken könnte. Und deshalb muß der Kriegsverlust durch Vermögenssteuern getilgt werden. Diese bedeuten nicht etwa ein Opfer, das der Steuerträger dem Staate darbringt, sondern bezeichnen nur die Größe des Verlustes, den der einzelne an seinem Vermögen durch den Krieg erlitten hatte. Der Verlust ist da, ob wir ihn wollen oder nicht, und es ist viel besser, daß wir ihn gleich registrieren und danach die künftige Lebenshaltung einrichten. Die Bilanz des Krieges erfordert weitgehende Umschreibungen vom Kapitalkonto. Täten wir das nicht, würden wir alles auf das Gewinn- und Verlustkonto buchen, so würde beinahe zu einer Einkommenfiskalisation geschritten und dem von England gegebenen Beispiel gefolgt werden müssen, wofür selbst die jetzige Einkommensteuer bei 11½ Prozent beginnt und bei 42 Prozent aufhört. Dies würde aber den Anreiz zur Einkommenserzielung mindern, während der Verlust eines Vermögensteiles den Ansporn gibt, das Fehlende wieder zu gewinnen. Gegen den in letzter Zeit von den deutschen Behörden erwogenen Plan, zur Durchführung der Vermögenssteuer eine Reichsvermögensstelle zu gründen, die auch Objekte in natura zu übernehmen befugt wäre, wendet sich Prof. Jaffé ganz entschieden. Dem Fiskus würde man dann die ganz unrentablen Güter anhängen. Dagegen könnten unbewegliche Vermögensschaften behufs Entziehung der Vermögenssteuer vom Staate belehnt werden; deren Bewirtschaftung wäre aber nach wie vor dem Eigentümer zu überlassen.

Der durch die Vermögenssteuer nicht getilgte Rest der Kriegskosten müsse durch Steuern aufgebracht werden. Da könne nichts mehr Neues erfunden werden; dies sei auch nicht notwendig. Man möge nur zu den Grundprinzipien der Finanzwissenschaft zurückkehren. Ihre zwei ersten Forderungen: die Steuern sollen ergiebig und sozial gestaltet sein, werden durch den harten Zwang der Staatsnotwendigkeiten verwirklicht werden. Dagegen müsse sich die dritte Forderung der Finanzwissenschaft, wonach die Steuer die Volkswirtschaft nicht stören dürfe, eine gewisse Modifikation gefallen lassen. Da nach dem Kriege der volkswirtschaftliche Ertrag — der Ueberschuß der Produktion über die Lebenskosten — vergrößert werden muß, so ist nach beiden Richtungen hin durch Steuermaßnahmen einzuwirken. Die Verringerung der Kosten der Lebenshaltung könne durch Ersparnissteuern erzielt werden. Wenn früher gesagt wurde: „Wir dürfen die Steuern auf Tabak, Bier, Spiritus usw. nicht erhöhen, weil sonst der Konsum zurückgeht und der Steuereffekt geringer wird.“ so heißt es jetzt: Die Steuer hat auch den Zweck, den überflüssigen Verbrauch einzudämmen. Den Gegensatz dazu bildet die Luxussteuer, die vermehrt der im Kriege durch die Warenmangelsteuer neu entstandenen steuertechnischen Mittel leicht und ohne große Kosten erfaßt werden kann. Zur Erzie-

lung der Produktion können die Produktivitätssteuern viel beitragen. Auch da müsse mit dem liberalen Dogma, wonach die Produktion nicht zu belasten sei, gebrochen werden. Die Beschichte der Zuckersteuer gibt das beste Beispiel für das Wirken einer solchen Steuer. Durch steuerliche Belastung der Zuckerrübe wurde der Techniker angeeifert, aus dem Rohmaterial immer größere Mengen Fertigarware herzustellen, weil er dadurch in stets geringerem Maße von der Steuer getroffen wurde. Ein fruchtbarer Wettkampf zwischen der Technik und der Steuererhebung war die Folge. Ähnliche Wirkungen hätte die in Deutschland geplante Petroleumsteuer nach sich gezogen. Je billiger der Produzent verkaufen würde, desto größer wäre der ihm zugebilligte Reingewinn, desto kleiner der Anteil, der hieran dem Staate zufallen hätte. Die neuen deutschen Kriegssteuern, wie die Kohlensteuer, die Verkehrssteuer u. a., widersprechen diesen Grundsätzen, denn sie erleichtern nicht, sie belasten nur die Produktion.

Die Produktivitätssteuern hätten aber nicht bloß die Industrie, sondern auch die agrarische Produktion — wobei auch das in Deutschland sicher zu erwartende Getreidemonopol mit Produktionsreizen auszustatten wäre — und den Handel zu treffen. Eine wesentliche Ausgestaltung werden die Zwangsschuldlose, wie sie beispielsweise zuletzt in der deutschen Kohlenindustrie entstanden ist, erfahren. Es sei unbedenklich, daß hierbei der Staat auf die Gestaltung der Preise und auf die Höhe der Minimallöhne entscheidend einfließen werde.

Schließlich werden noch soziale Ausgleichssteuern dazukommen, Steuern, die nach sozialen Rücksichten, zum Beispiel nach der Art des Einkommens (Gehalt, Rente, Gewinn) abgestuft sein. Kann Erbschaftsteuern, das Erbrecht des Staates usw. Gegen die Kapitalüberschiebungen der Kriegszeit, gegen die Zermürbung des Mittelstandes, der freien Berufe, ist eine rücksichtslose Finanzpolitik berechtigt und notwendig.

Die künftigen Finanzaufgaben des Staates sind ungeheuer groß und dringlich, zugleich, ihre Bewältigung aber nicht hoffnungslos. Die Kriegszeit habe

dargestellt, in welchem hohen Maße unsere Produktion gesteigert werden, was unsere Technik leisten kann. Nicht alle Erzeugnisse werden den Krieg überdauern, aber viele werden bleiben. Infolge der neuen Salpeterproduktion werden 70 Millionen Mark jährlich nicht mehr nach Chile gehen. Die Erfindung einer neuen Art der Kohlenreinigung (durch Kohlenbergasung) eröffne ungeahnte Möglichkeiten. Wenn im Krieg durch den unerbittlichen Druck der Kriegsnöwendigkeiten viel geschaffen wurde — im Frieden werden durch die länger dauernden Steuernöwendigkeiten noch viel mehr herbeigebraht werden.